

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13698. Sprechstunde: Wochentags 8—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseratenannahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Vor dem Kieler Schwurgericht wurde mit der Verhandlung der Marineunterschleife begonnen.

Die Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen protestierten in über 30 Versammlungen gegen die Errichtung des Zechenarbeitsnachweises.

Der gewesene Ministerpräsident Rhallis wurde als Anstifter der griechischen Marinerevolte entthront.

Die französische Sozialdemokratie nahm entschieden gegen das Kabinett Briand Stellung.

Gräu in Gräu.

Leipzig, 2. November.

Die Kölnische Zeitung beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Finanzlage des Reiches nach der Durchführung der sogenannten Reichsfinanzreform und entwickelt dabei ein außerordentlich trübes Bild. Sie erinnert daran, daß die 500-Millionenforderung der Regierung begründet wurde mit dem Hinweis auf die ständig steigende Schuldenlast des Reiches und das daraus folgende Sinken des Kursstandes der deutschen Reichsanleihen. Wenn man sich nun der Hoffnung hingeeben habe, daß mit der Bewilligung der neuen Steuern eine Festigung des Kurses der Reichsschuldenpapiere eintreten werde, so müsse jetzt zugegeben werden, daß man sich getäuscht habe. Während die dreiprozentige Anleihe im Jahre 1894 auf 90,60 Prozent stand, stand sie bei der Anbahnung der Reichsfinanzreform auf 84,20, heute auf 83,70; die dreieinhalbprozentige ist seit 1895 von 105,80 auf 92,50 Prozent und bis heute auf 93,00 gesunken. Daß die erwartete Festigung noch nicht eingetreten sei und so bald wohl auch nicht eintreten werde, rühre hauptsächlich daher, daß die Finanzlage des Reiches nach wie vor trübe sei und die strengste Sparsamkeit erheischt. Trotz der Bewilligung von 500 Millionen neuer Einnahmen, so meint das nationalliberale Blatt, stehen wir vor einer Reihe magerer Jahre. Das wird dann durch eine Betrachtung der für die nächsten Jahre bereits feststehenden Reichsausgaben und der zu dedenden Defizits im Reichsetat der Jahre 1907, 1908 und 1909 näher dargelegt. Auf Grund des § 2 des neubeschlossenen Finanzgesetzes sind auf eine feste innerhalb 30 Jahren zu tilgende Anleihe zu nehmen: die aus den Jahren 1906 bis 1908 gestundeten Matrikularbeiträge in der Höhe von 149 Millionen, sodann die Fehlbeträge der Etats von 1907

und 1908 in der Höhe von 136 Millionen, das sind 285 Millionen, die auf Anleihe verwiesen sind. Diese Anleihe ist vom Zeitpunkt ihrer Begebung ab jährlich mit mindestens 1,9 vom Hundert unter Hinzurechnung der ersparten Zinsen zu tilgen. Als ersparte Zinsen sind 3 1/2 vom Hundert der zur Tilgung aufgewendeten Summen anzusehen. Alle weiteren Reste aus früheren Jahren, namentlich die Ausgaben für die Befoldungserhöhung und die Fehlbeträge des Etats für 1909 sind aus laufenden Etatmitteln zu bestreiten bezw. aus Mitteln „im Wege des Kredits“, d. h. nicht einer festen, sondern einer schwebenden Schuld, also durch Ausgabe von Schatzanweisungen.

Der Etat des Jahres 1907 schloß ab mit einem Fehlbetrag von 14 Millionen, der des Jahres 1908 mit einem Fehlbetrag von 122 Millionen. Diese Fehlbeträge sind, wie gesagt, auf die feste Anleihe zu nehmen. Anders der Fehlbetrag von 1909, der nach dem Voranschlag in Höhe von 232 Millionen von den Bundesstaaten aufzubringen war. Von der Reichstagskommission wurde dieser Betrag zwar auf 218 Millionen gekürzt, es ist aber, so meint die Kölnische Zeitung, sehr wahrscheinlich, daß die tatsächliche Entwicklung der Reichsfinanzen die Summe wieder auf 240 Millionen erhöhen wird. Da die Einzelstaaten jedoch nur bis zum Betrage von 48 512 000 Mark in der Form von Matrikularbeiträgen zu den Reichslasten herangezogen werden dürfen und die Aufnahme einer festen Anleihe zur Deckung des Defizits im Jahre 1909 gesetzlich unzulässig ist, bleibt nichts weiter übrig; als eine schwebende Schuld durch Ausgabe von Reichsschatzanweisungen aufzunehmen, die bis zum Jahre 1913 wieder aus laufenden Reichseinnahmen gedeckt werden müßte. Es würden demnach in den Etatsjahren 1911, 1912 und 1913 je 80 Millionen zu Lasten des Budgets für diesen Fehlbetrag zu buchen sein. Auf diese Weise wäre der Etat für 1910 von ihm entlastet, was um so notwendiger ist, als er die Erhöhung der Beamtengehälter mit 89 Millionen und die Nachzahlungen der Gehaltserhöhungen und Wohnungsgeldzuschüsse vom 1. April 1908 ab mit 60 Millionen, zusammen 149 Millionen zu tragen hat. Nach Lage der Dinge ist aber schwerlich daran zu denken, daß in dem Zeitraum von 1911—13 die Reichseinnahmen sich so günstig gestalten könnten, daß daraus der Fehlbetrag für 1909 gedeckt werden könnte; es wird also schließlich nichts weiter übrig bleiben, als neue Schulden für diesen Zweck aufzunehmen.

Kürzlich ging eine Meldung durch die Presse, wonach der gegenwärtige Stand der Reichsfinanzen die Aufnahme einer neuen Anleihe von rund 500 Millionen bedinge. Offiziös wurde das mit zweideutigen Worten bestritten, die Regierung, so hieß es, habe Entschlüsse über die Begebung neuer Anleihen noch nicht gefaßt. Das offi-

ziöse „Dementi“ klärt sich jetzt dahin auf, daß „nur“ rund 300 Millionen Mark auf dem Anleihewege beschafft werden sollen; die weiteren 200 Millionen Mark Defizit hält man sich vorläufig dadurch vom Halse, daß man spätere Jahre damit belastet. Der nächsten „Reichsfinanzreform“ wird auf diese Weise schon jetzt kräftig vorgearbeitet.

Die Kölnische Zeitung untersucht dann weiter die voranschlägliche Gestaltung der Einnahmen aus den neubeschlossenen Steuern und weist darauf hin, daß selbst dann, wenn die Uebergangsperiode für die neuen Steuern in der sie regelmäßig spärlicher fließen, überwunden sein wird, doch nur im günstigsten Falle mit einer Mehreinnahme von 420 Millionen zu rechnen ist. In dem 500-Millionen-Steuerbudget des Schnapsblocks sind bekanntlich 80 Millionen enthalten, die nur rein rechnerisch darin figurieren, da sie schon vorher vorhanden waren — es sind dies 20 Millionen aus der Fahrkartensteuer, 35 Millionen aus der Zuckersteuer und 25 Millionen Matrikularbeiträge. In Wirklichkeit ist die Berechnung des Kölner Blattes noch viel zu rosig abgemittelt, da die neuen Steuern niemals die Summe einbringen werden, die man von ihnen erwartet. Man kann es deshalb sehr gut verstehen, wenn das Blatt seine Betrachtung recht pessimistisch ausklingen läßt und die bringende Forderung nach weitgehendster Sparsamkeit erhebt. Es schreibt:

Es fragt sich nun, ob auf Grund dieser Mehreinnahmen die künftigen Etats balanciert werden können. Die 500 Millionen neuer Steuern waren gefordert: zur Deckung des chronischen Defizits im Reichshaushalt in Höhe von 250 Millionen, zur Deckung der Mehrkosten der Beamtenaufbesserung in der Höhe von 110 Millionen, zur Vermehrung der Schuldentilgung und zur Dotierung des Invalidenfonds in der Höhe von je 80 Millionen, das sind zusammen 420 Millionen. Es ist demnach bis zum Jahre 1913 fogsagen über jeden Pfennig aus den Etatmitteln schon verfügt, wobei die oben genannten Teilsommen von 80 Millionen für die Deckung des Defizits aus dem Jahr 1909 (die auf die späteren Etatsjahre abgewälzt werden sollen) noch gar nicht in Rechnung gezogen sind. Sollten darum der neue Etat und seine Nachfolger auch ein leidliches Gesicht zeigen, so ist doch immer die größte Vorsicht in der Finanzneuerung am Platze und es ist geboten, aufs ängstlichste nach den Ausgaben zu sehen und ihre Steigerung möglichst hintanzuhalten. Wie verlanget, hält sich der neue Etat für 1910 bezüglich der Ausgaben im üblichen Rahmen. Vielleicht gelangt es der Reichstagskommission, hier und da Ersparnisse zu machen.

Natürlich denkt das führende nationalliberale Blatt nicht im Traum daran, eine Sparpolitik da zu fordern, wo sie allein Erfolg haben könnte — bei den Ausgaben für den Rüstungswahnsinn und die Weltpolitik. Es wünscht größere Sparsamkeit bei den Ausgaben für die Reichspost, also eine Behinderung der Verkehrsentwicklung, und bei den Aufwendungen für den Beamtenapparat. Damit können günstigen Falls ein paar Millionen gespart wer-

Arbeiter, gedenkt der schwedischen Kämpfer!

Seuiletton.

Andreas Väst.

Bauernroman von Ludwig Thoma.

Bieries Kapitel.

Lieber Josef!

Ich deile Dir zum wiesem mit, das mir vor acht Dag die Muder eingraben ham. Mir haben nichts gemeint, indem es so schnell gangen ist. Aber der Badder ist anderst jornig, weil die Muder ein Desdament gmacht hat und schenkt der Kirch fihnhundert Mark hier den neuen Dürm. Beim Notart is das Desdament gwest und mir ham nichts gewußt.

Lieber Josef, wie get es Dir? Hofendlich get es Dir gut und darßt auf Weinachd heraus. Dem Bräul sein Jur hat umgeschmissen und eine Hacken brochen und hat in stehen müßen.

Beim Elfinger und der Haslinger ham Schtraf zalen müßen, weil die Schaf reidig warn und habens nicht angezeid. Es kost jeden dreißig Mark und is der Tirarz nicht dabei. Da kost es noch mer. Das is fief Geld.

Unsere Schaf hat die voring Woah ein Kalb-kriegt; es ist fieflich Fund schwer: und-gesund. Der Woaz is gut hereinkomen, aber der Badder schimbst wegen das Desdament.

Lieber Josef, hofendlich get es Dir gut und schreib bald. Es griecht Dich Deine Muther.

Diesen Brief erhielt der Soldat Joseph Väst vom 12. Infanterieregiment, und er konnte daraus sehen, daß sich daheim Gutes und Böses begab.

Er dachte über beides nicht lange nach und war so wenig bekümmert, wie andre junge Leute.

Aber seinem Vater ging es im Kopfe herum, von der Früh bis zum Abend.

Er war allweil gut mit der Mutter gefahren und hatte ihr kein böses Wort gegeben. Sie war zufrieden mit dem Austrag, und wenn sie vom Sterben redete, sagte sie oft, daß ihr ausgemachtes Vermögen beim Anwesen bleibe.

Blöß etliche hundert Mark für Seelenmessen sollten davon abgehen, und so war es auch geschrieben im ersten Testament. Aber ein paar Monate vor ihrem Tode machte sie den Nachtrag und verschrieb fünfhundert Mark für die Erbauung eines neuen Turmes.

Das war ihm unverhofft gekommen, und er hätte nicht daran gedacht.

Jetzt freilich fiel ihm manches ein, was er zuvor nicht beachtet hatte. Daß die Mutter im Sommer nach Ruhbad fuhr, mitten in der Woche, als er keine Zeit hatte zum Begleiten und die Bäuerin im Bett lag.

Und daß sie ihm keine rechte Antwort geben wollte, wenn er sie fragte, ob alles in Ordnung sei. Daß sein Bruder Lenz hinterher nicht halbpant verlangen könne, weil sie ihm doch das Ganze versprochen hatte.

Da sagte sie immer, es sei alles recht gemacht, und wie es gemacht sei, wäre es recht.

Wie der Amtsrichter das Testament vorlas, stand am Schluß, diese Spende hätte die Mutter wohl überlegt, und die Erben sollten für sie beten, anstatt verfluchen und verwünschen.

Sie hatte schon gewußt, daß sie Verdruß damit aufhebe. Den Schuller dauerte das schöne Geld, aber das hätte er leichter verschmerzt wie den peinlichen Spott von den Leuten.

Er war der Wortführer gewesen gegen den Pfarrer, und er hatte seine Meinung durchgesetzt bei der Gemeinde. Derweil galt sie nichts in seinem eignen Haus, und der Pfarrer hatte seine Mutter gerade so gut überreden können wie den Linnerstessel.

Selbigesmal hatte er gesagt, daß es nicht recht sei, wenn man alte Leute zu solchen Vermächtnissen berebe, und jetzt war es bei ihm das nämliche.

Der Pfarrer konnte lachen. Was brauchte er sich um die Gemeinde zu kümmern, wenn er das Geld sogar von seinen Widersachern kriegte? Da muß einer für dumm gelten, wenn er Streit anfängt mit der Geistlichkeit und hinterher zahlt er selber so viel von der Zech.

Der Schuller versteckte seinen Jorn nicht; er sagte dem Freuden, daß er gegen die Heimlichkeiten nicht an könne. Er habe öffentlich widerredet nach seiner Pflicht; aber wenn der Pfarrer von schwachsinnigen Weibern das Geld nehme, was ihm die Männer verweigern, hernach sei gleich ausgestritten. Da könne er sich was darauf einbilden, wenn der Turm auf die Weis' zusammengebetet sei. Und das wäre auch noch eine besondere Kunst, ein altes Leut vor dem Sterben herumzukriegeln. Solche Reden wurden weitergetragen, und der Pfarrer hörte sie bald.

Daß sie ihn nicht freuten, darf jeder glauben, aber er schimpfte nicht, und auch seine Vertrauten wußten nicht recht, wie er sich dazu stelle.

Er hörte aufmerksam, was man ihm erzählte, und er seufzte, wenn es recht die daher kam und die Worte des Schuller ein schlechtes Gepräge trugen,